

Bau- und Verkehrsdirektion / Direction des travaux publics et des transports

47 2019.RRGR.375 Postulat 303-2019 BDP (Riem, Iffwil)
Warum verfehlt der Regierungsrat seit Jahren die Investitionsvorgaben?

47 2019.RRGR.375 Postulat 303-2019 PBD (Riem, Iffwil)
Pourquoi, depuis des années, le Conseil-exécutif ne remplit-il pas les exigences relatives aux investissements ?

Präsident. Traktandum Nummer 47 ist ein Postulat der BDP, das durch Grossrat Riem vertreten wird. Er hat das Wort.

Bernhard Riem, Iffwil (BDP). Seit Jahren verfehlt der Regierungsrat die Investitionsvorgaben. Seit der Eingabe unseres Postulats ist die Jahresrechnung 2019 hinzugekommen, und erneut liegen die Investitionen 61 Mio. Franken unter dem Budget. Seit 2012 sind die Nettoinvestitionen kontinuierlich gesunken. Das können Sie in der Grafik im Jahresabschluss sehen. Die Nettoinvestitionen sind auf einem bisherigen Rekordtief von 374 Mio. Franken angelangt. Mir ist natürlich bekannt, dass die Investitionsrechnung des Kantons schon etwas komplizierter ist, und dass für die tiefen Nettoinvestitionen nicht nur die Investitionen des Amts für Grundstücke und Gebäude (AGG) verantwortlich sind. Trotzdem besteht gerade bei diesen Investitionen Handlungsbedarf. Er ist im Gegensatz zur Rechnungslegung ganz einfach zu erklären. Wir stehen im Kanton Bern vor enorm vielen grossen und teuren Investitionen, Investitionen, die wirklich dringend sind und die von der grossen Mehrheit hier im Rat mitgetragen werden: Fachhochschulen, Polizeizentrum, Gymnasien. Ich brauche gar nicht alles aufzuzählen. Die Liste wäre auch nie vollständig. Der Regierungsrat rechnet mit einem kontinuierlichen Anstieg der Nettoinvestitionen bis 900 Mio. Franken pro Jahr, um das alles zu bewältigen. Wir hier im Saal debattieren, ob man zur Bewältigung dieser mehrjährigen gewaltigen Investitionsspitze die Schuldenbremse aussetzen soll, oder wir liefern uns heftige Diskussionen oder debattieren über den Investitionsspitzenfonds. Die hitzigen Bemühungen wirken für mich etwas verstörend. Sie kommen mir vor wie ein Luftgitarrenkonzert, aber ohne Musik. Denn alle diese Investitionen sind mit der gegenwärtigen Organisation der BVD kaum zu bewältigen. Mir fehlt der Glaube, dass die verschiedenen Stellen in der Lage sind, plötzlich das doppelte Volumen als bisher zu investieren, und dies dann hoffentlich mit etwas weniger Pannen. Ich mache hier keinen Rundumschlag gegen Leute, die sich jeden Tag für den Kanton einsetzen. Das ist nicht das Ziel. Die BDP-Fraktion will einfach, dass jetzt sofort mehr investiert wird. Das ist für unseren Kanton extrem wichtig.

Wir haben eine umfassende Antwort auf unser Postulat erhalten. Wir nehmen zur Kenntnis, dass für die ausbleibenden Investitionen nicht nur die BVD verantwortlich ist. Allerdings fehlen uns in der Analyse gerade hierzu die Gründe. Der Regierungsrat schreibt, «dass in anderen Bereichen teilweise grössere Abweichungen resultierten» als in der BVD. Meine Frage ist, ob die Gründe die beschrittene Einführung des Harmonisierten Rechnungslegungsmodells 2 (HRM2) oder die Änderung in der Rechnungslegung sind. Welches sind die wesentlichen anderen Bereiche? Unsere Fraktion hat in erster Linie die Investitionen der BVD im Blick. Da sind wir mit der Erklärung nicht vollständig einverstanden. Von 2014 bis 2019 wurden im Baubereich immerhin 159 Mio. Franken nicht ausgeschöpft. Das sind durchschnittlich 26 Mio. Franken pro Jahr. Auch ohne Tramgeschichte ist das immer noch viel Geld. Wir stellen fest, dass der Regierungsrat dies erkannt hat und verschiedene Optimierungen geplant oder schon gemacht hat, beispielsweise einen Sachplan-überhang. Versprochen wird das ja in der Berichterstattung zur Beratung des Voranschlags (VA). Wir sind gespannt auf die erwähnten Optimierungen beim Immobilienmanagement. Es läuft ein externes Projekt. Die Untersuchung zum Campus Biel hat klar gezeigt, dass das nötig ist. Ein Blick auf das Organigramm des AGG zeigt, wie viele Positionen seit Jahren ad interim besetzt sind. Baustellen bleiben manchmal lange Baustellen, ja, manchmal werden sie sogar vererbt. Das ist eine vordringliche Führungsaufgabe. Wir haben lieber draussen Baustellen als drinnen im Amt.

Wir glauben, dass unser Postulat wichtige Fragen aufwirft. Wir anerkennen, dass der Regierungsrat, der Baudirektor, Probleme angehen will. Bei der bevorstehenden Investitionsspitze und all diesen Grossprojekten ist das eine absolut vordringliche Aufgabe. Wir danken für die Prüfung unseres Anliegens. Aber abgeschlossen ist diese Prüfung noch nicht. Deshalb finden wir es nicht angebracht, wenn das Postulat abgeschrieben wird.

Präsident. Der Vorstossende ist nicht einverstanden mit der Abschreibung, deshalb gehen wir in die Diskussion. Als Erstes für die Fraktion SP-JUSO-PSA, Grossrat Reto Müller. Ich bitte die anderen Fraktionssprechenden, sich bei Bedarf anzumelden. Herr Müller, Sie haben das Wort.

Reto Müller, Langenthal (SP). Es ist ein interessantes Postulat der BDP. Auch aus unserer Sicht werden mehrheitlich korrekte Antworten geliefert. Unter uns gesagt, wäre ich in Langenthal froh, hätten wir prozentual gesehen eine so hohe Realisierungsquote wie der Kanton Bern. In der Gemeinde sind wir bei ungefähr 70 bis 80 Prozent. Wir bestreiten aber einen anderen Teil der Antworten, der aus unserer Sicht genauso wichtig ist, und deshalb bestreiten wir auch die Abschreibung des Postulats.

Wir sind vonseiten der SP-JUSO-PSA-Fraktion nicht zufrieden mit den Antworten zum Zustand und zur Struktur des AGG. Man sollte dort jetzt offen bekennen, dass zwingend Ressourcen unbefriedigt sind oder fehlen. In der Antwort auf das Postulat wird sehr beschwichtigend auf die Fragen eingetreten, was der Zustand des AGG ist. Es sei alles gut, die Jobs seien genug attraktiv. Wir stellen einfach fest, dass gewisse Stellen seit Jahren ad interim besetzt sind, oder dass gewisse Stellen seit Jahren gar nicht besetzt sind. In der Expertise zum Campus Biel wird zum Zustand und zu den Anforderungen festgehalten, dass auch im AGG dringend Massnahmen bezüglich der Personalressourcen erforderlich sind. Am 26. Mai schreibt der Regierungsrat selbst in seiner Medienmitteilung unter dem Titel «Mehr Ressourcen nötig»: «Damit das AGG als verantwortlicher Bauherr seine Funktion besser wahrnehmen kann, will die BVD das Amt personell verstärken und seine Organisationsstruktur überprüfen.» Wir sind deshalb klar der Meinung, dass hier die Antwort auf das Postulat diesbezüglich falsch oder zumindest nicht ausführlich genug ist. Wir bestreiten ebenfalls, wie die BDP beantragt hat, die Abschreibung dieser Punkte. Wir sind der Meinung, dass der Regierungsrat die Verantwortung für die Führung dieses Amtes jetzt übernehmen und die Schuld nicht in der Vergangenheit suchen soll, sondern sich dem in der Gegenwart stellen und entsprechend handeln soll.

Ernst Wandfluh, Kandergrund (SVP). Wir von der SVP haben diesen Vorstoss interessiert studiert. Für uns stimmen sehr viele dieser Punkte, und wir nehmen sie auch an. Es stimmt, es hat Probleme im AGG. Wir sind aber mit der Antwort des Regierungsrates zufrieden. Wir wissen, dass der Regierungsrat daran ist, diese Dinge zu überprüfen. Das schreibt er auch. Deshalb nehmen wir dieses Postulat an und schreiben es gleichzeitig ab.

Ueli Frutiger, Oberhofen (BDP). Die BDP-Fraktion ist zufrieden, dass der Regierungsrat dieses Postulat annehmen will. Die sechs Prüfungsaufträge wurden ernst genommen, im Detail geprüft und beantwortet. Die Analyse und die Optimierungsmassnahmen sind aber aus unserer Sicht noch lange nicht abgeschlossen. Bei diesem Sachverhalt fordern wir weiter, dass die Optimierungen in der BVD, und dort vor allem im AGG, weitergehen. Das kommt nicht zuletzt auch im Expertenbericht zum Campus Biel hervor. Es ist klar: Auch alle anderen Direktionen müssen unserer Ansicht nach mehr dazu beitragen, dass die Investitionen ausgeschöpft werden können. Wenn nötig, muss man dem AGG mehr Ressourcen geben, damit sie ihre Aufträge sachgerecht erfüllen können. Die organisatorischen Massnahmen sind aber noch lange nicht abgeschlossen. Das geht nicht von heute auf morgen. Deshalb sind wir, wie schon Bernhard Riem sagte, gegen die Abschreibung.

Hans Kipfer, Münsingen (EVP). Weshalb verfehlt der Regierungsrat seit Jahren die Investitionsvorgaben? Der Postulant stellt hier wichtige Fragen. Diese und auch ähnliche Fragen hat die FiKo dem Regierungsrat und der Verwaltung auch schon gestellt. Sie hat damit einen Optimierungsprozess ausgelöst, der unter Beobachtung der FiKo weitergeht. Das Postulat hat Fragen gestellt. Sie wurden überprüft und beantwortet. Deshalb kann dieser Prüfauftrag aus Sicht der EVP auch abgeschrieben werden. Die FiKo wird aber gefordert sein, die weitere Begleitung und die Umsetzung der konkreten Massnahmen, die daraus resultieren, wirklich zu begleiten und auch zu überprüfen. Jetzt wurde verschiedentlich das AGG und die Struktur erwähnt. Es gibt eine überwiesene Motion

(M 176-2018) von uns, der EVP, die eine Strukturüberprüfung, gerade in Hinblick auf HRM2, und eine Prozessüberprüfung fordert. In diesem Zusammenhang müssen auch klare Resultate, was strukturelle Grundlagen betrifft, und die Verbesserung der Investitionstätigkeit erfolgen. Aber das hier vorliegende Postulat kann aus Sicht der EVP abgeschrieben werden.

Martin Egger, Frutigen (glp). Wir von der glp sehen es auch so, dass die Ausschöpfung der Nettoinvestitionen in den letzten Jahren trotz grossem Investitionsbedarf ungenügend ausgenutzt wurde. Es wäre aber falsch, ein Problem, das 75 Prozent der Nettoinvestitionen ausmacht, der BVD in die Schuhe zu schieben. Sie hatten, mit Ausnahme von 2015, eine sehr gute Ausschöpfung ihrer Mittel. Aber sicher haben HRM2 und die International Public Sector Accounting Standards (IPSAS) viel zu diesen Problemen beigetragen. Beim Aufgaben-/Finanzplan (AFP) 2021–2023 wird eine Verbesserung der Ausschöpfung aller Nettoinvestitionen gefordert. Wir sind der Meinung, dass die Regierung diese Probleme erkannt und der Grosse Rat Auflagen erteilt hat. Somit ist die glp der Meinung, das Postulat sei anzunehmen und gleichzeitig abzuschreiben.

Peter Sommer, Wynigen (FDP). Wir verstehen die Fragen der Postulanten oder des Postulanten. In der Vergangenheit war es tatsächlich so, dass das Investitionsvolumen nicht oder zu wenig gut ausgeschöpft wurde. Das führt zu gewissen Verzerrungen und auch zu Unverständnis. Der Regierungsrat gibt unserer Ansicht nach aber auf die fünf Fragen schlüssige Antworten. Insbesondere wird nachgewiesen, dass sich die Quote in den vergangenen Jahren deutlich verbessert hat. Der Stadtpräsident von Langenthal hat es vorhin gesagt: Es ist eine sehr hohe Quote. Ich kenne diejenige unserer Gemeinde nicht genau, bin aber überzeugt, dass sie auch nicht so hoch ist. In Anbetracht der Rahmenbedingungen, unter denen Bauprojekte abgewickelt werden müssen, in Bezug auf Einsparungen, auftauchende Bauprobleme et cetera, erachtet die FDP eine Ausschöpfung des Voranschlags (VA) von 95 Prozent oder mehr als sehr gut. Bezüglich struktureller Probleme im AGG hat die Baudirektion ja bereits Massnahmen angekündigt oder wenigstens Ansätze aufgezeigt. Der Prüfauftrag des Postulats ist nach unserem Dafürhalten erfüllt. Deshalb werden wir dem Postulat samt Abschreibung zustimmen.

Christoph Grupp, Biel/Bienne (Grüne). Die Grünen haben sich diesem Geschäft auch angenommen und es diskutiert. Eine erste Feststellung ist natürlich, dass der Kanton Bern wirklich eine sehr tiefe Investitionsrate hat. Es wurde bereits mehrfach gesagt. An und für sich ist diese Ausnützungsziffer ja gar nicht so schlecht. Aber wenn wir davon ausgehen, dass der Kanton Bern seinen Gemeinden empfiehlt, sie sollten doch eine Investitionsrate von klar über 10 Prozent haben – alles, was unter 10 Prozent liegt, gilt als schwach –, und wir hier von einer Investitionsrate beim Kanton von 2 bis 3 Prozent ausgehen, ist das doch gar wenig. Wenn man die nicht einmal ausschöpft, ist es schon ein Missstand. Deshalb sind wir sehr froh um diesen Vorstoss von Grossrat Riem. Wir haben das mit Interesse gelesen. Es gibt sicher diverse Punkte, bei denen man sagen kann, dass die Antwort gegeben ist. Aber es gibt auch andere Punkte, bei denen nicht klar ist, weshalb die Investitionsrate immer noch tief ist. Jetzt könnte man sagen, man kann das zurückziehen oder abschreiben und einen neuen Vorstoss machen. Man könnte aber auch sagen, man könne bei den anderen Bereichen, auf die hingewiesen wird, aufgrund dieses Vorstosses noch etwas weiter gehen und dem Grossen Rat Bericht erstatten, woran es denn wirklich noch liegt, welcher Anteil die rein buchhalterischen Geschichten haben und wo es tatsächlich einfach noch viel zu wenig Investitionstätigkeiten gibt. Deshalb würden die Grünen mehrheitlich die Aufrechterhaltung dieses Vorstosses unterstützen, und sie sind nicht für die Abschreibung.

Präsident. Wir sind mit den Fraktionen durch und kommen zu den Einzelsprechenden. Als Erstes hat Peter Siegenthaler das Wort.

Peter Siegenthaler, Thun (SP). Kommissionspräsident der GPK. Ich möchte für diesen Vorstoss danken. Ich will nicht zu den Investitionen sprechen und nicht zu den Raten der Investitionen. Ich will nur zu den internen Organisationen und zu den internen Zuständen, auch zu den personellen Zuständen im AGG etwas sagen. Ich möchte Sie als Fazit von dem, was ich jetzt sagen werde, dringend bitten, diesen Vorstoss nicht abzuschreiben. Sowohl die GPK wie auch die FiKo sind im Moment sehr darauf sensibilisiert, was im AGG auch personeller Art abläuft. Sie können davon ausgehen, dass wir weit davon entfernt sind, der Antwort zuzustimmen, welche uns die Regierung hier auf die entsprechende Frage gibt. Ohne jetzt ins Detail gehen zu wollen oder zu dürfen – bitte

haben Sie dafür Verständnis –, bitte ich Sie einfach, diesen Prüfauftrag mindestens in diesem Punkt aufrechtzuerhalten. Denn wir finden, was im Moment im AGG abläuft, entspreche nicht dem, was uns die Regierung hier schreibt.

Präsident. Es gibt keine weiteren Sprechenden. Ich darf das Wort Regierungsrat Christoph Neuhaus geben.

Christoph Neuhaus, Bau- und Verkehrsdirektor. Der Regierungsrat gibt auch hier den Postulanten recht. Wenn man den grossen Finanzbedarf, wenn man die schwierige Finanzlage nach Corona anschaut, muss man die Ausschöpfung der Nettoinvestitionen besser machen. Falsch ist vor allem die Aussage, es sei die BVD, welche die Investitionssumme in den vergangenen Jahren nicht ausgeschöpft habe. Mit einer Ausnahme hat man zwischen 93 und 99 Prozent der verfügbaren Mittel verwendet. Wir haben in der BVD Massnahmen ergriffen, um die Ausschöpfung der Investitionen zu verbessern. Wenn ich mit einem Nachkredit komme, werde ich mich auf die Sprechenden hier beziehen, die nicht gerühmt haben, dass wir sie ausschöpfen. Der Investitionsgrad sei zu tief. Ich nehme nur ein willkürliches Beispiel heraus, aber wenn Sie beispielsweise bei der SID schauen, wurden in den letzten 3 Jahren 54 Mio. Franken nicht ausgeschöpft. Es wurde von den Herren Grossräten Riem und Egger richtig gesagt: Im Rahmen von IPSAS respektive HRM2 gab es Verschiebungen. Es ist relativ schwierig, wenn Sie einen Rechnungsabschluss haben, die Finanzkontrolle kommt und sagt: «Jetzt müssen Sie 20, 25, 30 Mio. Franken schieben», dann den Investitionsgrad noch zu erreichen, wenn man das vorher anders gemacht hat.

Der Handlungsbedarf, den man in Ziffer 2 betreffend Optimierung der Mittelausschöpfung beschrieben hat, ist bei allen Investitionen, bei allen Direktionen erkannt. Wir haben als Regierungsrat die Gründe analysiert und werden über die vorgesehenen und die umgesetzten Massnahmen im Rahmen des VA 2021 und AFP 2022–2024 berichten. Aber hier gilt ganz klar: Wir wollen nicht operative Hektik, um strategische Windstille zu ersetzen.

Zu Ziffer 3: Die Budgetausschöpfung ist in der BVD, und wie ich sagte, auch beim AGG, auf einem guten Stand. Es gibt beim AGG Optimierungsbedarf, das wurde richtig gesagt. Aber das ist bei anderen Themen auch erkannt. Beim entsprechenden Projekt werden die Führung, sämtliche Prozesse und Abläufe analysiert. Ich kann Ihnen hier versichern, dass ich die resultierenden Verbesserungsmassnahmen zeitverzugslos umsetzen werde. Wenn man sagt, es greife im Moment im AGG nicht, dann blendet man die Geschichte aus. Wir haben im AGG in 12 Jahren bei 70 Angestellten zweimal den gesamten Bestand gewechselt. Wir hatten mit bis 21 Prozent Fluktuation eine zweistellige Fluktuationsrate. Das sind eben Erbschaften, aber das ist halb so schlimm. Es ist falsch, wenn ein deutsches Sprichwort sagt: «Sterben und erben bringt viel Kummer», und es ist auch nicht wahr, wenn man sagt: «Erworben, gestorben, geerbt, verdorben», sondern es gibt Arbeit. Wir werden schauen, dass das AGG die Stabilität erhält, die es nötig hat und verdient. Man hat 2004 den Immobilien- und den Kantonsbaumeisterbereich zusammengelegt und das Ganze nie wirklich verheiratet. Da braucht es Arbeit, auch im Kulturbereich.

Ziffer 4: Die Attraktivität für Spitzenkräfte im Kanton Bern ist ja immer wieder ein Thema. Die Aufgaben im AGG bleiben vielfältig, die Aufgaben bleiben anspruchsvoll. Die Herausforderung, die wir eher haben, wenn wir Leute einstellen wollen, sind die Entlohnungsmöglichkeiten, bei denen wir im Vergleich zu Privaten und zum Bund weniger attraktiv sind. Wir haben andere Vorteile wie familienfreundliche Arbeitsmodelle oder Teilzeitstellen. Die gleichen das teilweise aus, aber leider Gottes eben nur teilweise.

Schliesslich zu Ziffer 5: Man solle weniger Projekte an Generalunternehmer (GU) und Totalunternehmer (TU) delegieren. Das macht man sowieso nur bei Grossprojekten, und es ist eher die Ausnahme als die Regel. Einen Grossteil des jährlichen Investitionsvolumens wickelt man über Einzelleistungsträger ab.

Ich fasse zusammen: Der Regierungsrat hat alle Anliegen des Postulats bereits geprüft und Massnahmen eingeleitet. Das ist eine Daueraufgabe. Aus diesem Grund beantragt er Ihnen die Annahme und gleichzeitige Abschreibung dieses Postulats, denn Massnahmen sind am Laufen.

Präsident. Damit kommen wir zur Beschlussfassung. Der Postulant verzichtet auf eine Wortmeldung. Punktweise Abstimmung wurde nicht verlangt. Wir befinden uns über das Postulat in einer Abstimmung: Wer das Postulat, Traktandum 47, annehmen will, stimmt Ja, wer dies nicht will, stimmt Nein.

Abstimmung (2019.RRGR.375)

Vote (2019.RRGR.375)

Der Grosse Rat beschliesst: / Décision du Grand Conseil :

Annahme / Adoption

Ja / Oui 142

Nein / Non 3

Enthalten / Abstentions 1

Präsident. Sie haben das Postulat angenommen, mit 142 Ja- gegen 3 Nein-Stimmen und 1 Enthaltung.

Jetzt befinden wir noch über die Abschreibung. Wer das Postulat gleich abschreiben will, stimmt Ja, wer dies nicht will, stimmt Nein.

Abstimmung (2019.RRGR.375; Abschreibung)

Vote 2019.RRGR.375 ; classement)

Der Grosse Rat beschliesst: / Décision du Grand Conseil :

Ablehnung / Rejet

Ja / Oui 54

Nein / Non 94

Enthalten / Abstentions 2

Präsident. Sie haben die Abschreibung abgelehnt, mit 94 Nein- gegen 54 Ja-Stimmen bei 2 Enthaltungen.